

Pressemitteilung

Nordsyrien: Humanitäre Hilfe für Zivilbevölkerung ausweiten

Das Bündnis Entwicklung Hilft fordert ungehinderten humanitären Zugang.

Berlin, 22. Oktober 2019 – Die humanitäre Lage im Norden Syriens bleibt angespannt. Im Laufe der letzten Woche mussten internationale Hilfsorganisationen die Region aufgrund der Sicherheitslage verlassen. Eine angemessene Versorgung der Menschen, die fliehen oder in den Gebieten ausharren, wird immer schwieriger. Die Helfenden in den Kampfgebieten setzen sich weiterhin einem hohen Risiko aus und sind stark überlastet. Krankenhäuser sind überfüllt und es mangelt an Medikamenten. Eine Ausweitung der Hilfe ist daher dringend erforderlich.

Kontakt:
Bündnis Entwicklung Hilft
Pressestelle
Schöneberger Ufer 61
10785 Berlin
Tel.: 030 - 278 77 393
presse@entwicklung-hilft.de

Angesichts der dramatischen Lage fordert das Bündnis Entwicklung Hilft die deutsche Regierung auf, sich mit allen Mitteln für eine Garantie humanitärer Hilfe in der Region und ein dauerhaftes Ende der Gewalt einzusetzen. „Die Menschen, die unter der Bedrohung der Angriffe und der schlechten Versorgungslage leiden, brauchen dringend Hilfe. Der Zugang zu ihnen und ihre humanitäre sowie medizinische Versorgung muss für alle Helfenden uneingeschränkt und ohne Risiko für das eigene Leben möglich sein“, erklärt Peter Mucke, Geschäftsführer von Bündnis Entwicklung Hilft.

Die erneute Eskalation im Syrien-Krieg ist keine Überraschung. „Die Bundesregierung und die EU haben es versäumt in den vergangenen Jahren eine gestaltende Politik voranzutreiben, die sich globalen Problemen stellt und Lösungen entwickelt“, kritisiert Bernd Eichner von medico international und Vorstandsmitglied von Bündnis Entwicklung Hilft. „Es ist dringende Aufgabe der Bundesregierung und der EU, dies zu ändern und endlich eine verantwortungsbewusste, menschenwürdige Politik umzusetzen.“ Der Vorschlag einer internationalen Sicherheitszone in Syrien von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist zwar ein Signal für mehr Verantwortung der Bundesregierung. Doch sollte eine internationale Sicherheitszone nicht als alleinige Lösungsmöglichkeit der aktuellen Situation gesehen werden. In diesem kritischen Moment bleibt es elementar, weitere Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Hinweise an Redaktionen:

Gerne stellen wir Kontakt zu Interviewpartnern her.

Brot für die Welt, Christoffel-Blindenmission, DAHW, Kindernothilfe, medico international, Misereor, Plan International, terre des hommes, Welthungerhilfe sowie die assoziierten Mitglieder German Doctors und Oxfam leisten als Bündnis Entwicklung Hilft akute und langfristige Hilfe bei Katastrophen und in Krisengebieten.